Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **62 (1975)**

Heft 17

PDF erstellt am: **29.03.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Veranlagung des Kindes und nicht wirtschaftspolitische Aspekte berücksichtigt werden.

Wie steht es mit der Ausbildung der bäuerlichen Kreise? Muss die Fachbildung im Hinblick auf die Lebensqualität des Bauern gefördert werden? Hier ist festzuhalten, dass die landwirtschaftlichen Schulen neben der fachlichen auch ganzheitliche Bildung vermitteln sollten. Damit kann das Ansehen des Bauern und der Bäuerin in der übrigen Bevölkerung gehoben und deren Selbstvertrauen gestärkt werden. Heute, wo landwirtschaftliche Schulen immer mehr auch von Mädchen besucht werden, die nichtbäuerlichen Kreisen entstammen, gibt ihnen eine solche Allgemeinbildung die Möglichkeit, Krisensituationen besser zu meistern, ihren neuen Stand im Rahmen des Volksganzen zu werten und dessen Bedeutung zu erkennen. Was die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Forschung anbelangt, so sind sie der bäuerlichen Bevölkerung so zu vermitteln, dass sie verantwortungsbewusst angewandt werden und die Lebensqualität des Volkes in seiner Gesamtheit nicht gefährden.

Als sehr wichtig wird die vermehrte Aktivierung der Eltern angesehen. Männer und Frauen sollten sich zu Arbeitsgruppen zusammenschliessen, um eine gemeinsame Aufgabe an die Hand zu nehmen und so zugleich zu einem Lernprozess zu gelangen. Eine solche Aufgabe könnte z. B. die Elternschulung oder die Mitverantwortung bei der Gestaltung der Vorschulerziehung sein.

Verheiratete Frauen benachteiligt?

Das Problem einer gezielten und sinnvollen Weiterbildung im Sinne der «éducation permanente» ist vor allem für verheiratete Frauen noch weitgehend ungelöst. Zwar ist man sich einig, dass – abgesehen von den noch fehlenden Umschulungs- und Wiedereingliederungskursen – an und für sich genügend Möglichkeiten zur Weiterbildung bestehen. Trägheit, Schüchternheit oder auch weite Entfernungen verhindern jedoch, dass sie voll ausgenützt werden. Bei vielen Frauen fehlt es auch an einer genügenden Information oder Motivation. Diese Aufgabe sollte vermehrt durch die Massenmedien sowie Vereine und Basisgruppen an die Hand genommen werden. Dringend nötig wäre es auch, die Stundenpläne von Kindergärten und Primarschulen zu koordinieren, damit die Mütter auch wirklich die Möglichkeit haben, sich weiterzubilden oder mit dem angestammten Beruf in Kontakt zu bleiben. Und schliesslich müsste es zu einer der vielen wichtigen Aufgaben unserer Gesellschaft gehören, die Bevölkerung für die Möglichkeiten einer höheren Lebensqualität im Alter zu sensibilisieren.

M. F., in: Staka-Orientierung Nr. 87
Staka = Staatsbürgerlicher Verband katholischer Schweizerinnen

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: VSS wehrt sich für Medizinerstudienplätze

Die zwangsweise Zuteilung von Studienorten an Medizinstudenten, wie sie in diesem Jahr erstmals vorgenommen werden musste, sei ein weiterer Schritt zur offenen Zulassungsbeschränkung und die «logische Konsequenz» aus vorangegangenen Fehlentscheiden in der Bildungs- und Gesundheitspolitik. Dies erklärte der Verband Schweizerischer Studentenschaften (VSS) in seiner Dokumentation «Numerus clausus und aktuelle Probleme der Medizinerprognostik», die an einer Pressekonferenz in Zürich vorgestellt wurde.

Der VSS verurteilt «in Anbetracht der bekanntermassen misslichen Gesundheitsversorgung weiter Teile der Bevölkerung» alle Massnahmen, mit denen die Nachfrage nach Medizin-Studienplätzen beschränkt werde. Statt dessen verlangt er die Verwirklichung längst geplanter Ausbildungsstätten für Mediziner (Luzern, Aarau, St. Gallen) sowie eine «entscheidende Erhöhung» der Zahl der Assistentenstellen, deren Knappheit unter anderem dazu benützt werde, den Numerus clausus zu rechtfertigen.

ZH: Kleine Klassenbestände im Kanton Zürich

Obwohl der Kanton Zürich im letzten Jahrzehnt

dem Ziel, die Klassenbestände in der Volksschule zu senken, erheblich nähergekommen ist, will der Regierungsrat die allzu hohen Richtzahlen vorläufig nicht senken. Dies erklärte Erziehungsdirektor Gilgen in Beantwortung einer sozialdemokratischen Interpellation. Während die Regierung argumentiert, die geltenden Richtzahlen – beispielsweise 36 Schüler für die 1. bis 3. Klasse – seien «kein Hindernis für die Senkung der Klassenbestände», verlangten verschiedene Redner eine rasche Herabsetzung. Eine kürzlich eingereichte Volksinitiative verlangt gar eine generelle Obergrenze von 25 Schülern pro Klasse.
Wiesen vor zehn Jahren noch 35 Prozent der zürcherischen Unterstufenklassen mehr als 36 Schüler auf, so waren es 1974 nur noch 3,5 Prozent der Klassen. Ähnlich liegen die Zahlen auf der Mittelstufe (Richtzahl 32) sowie bei den weiterführenden Schulstufen. Erziehungsdirektor Gilgen sicherte zu, dass die Erziehungsbehörden die eingeschlagene Politik weiterführen wollten und die Richtzahlen überprüfen würden, «sobald auf längere Sicht mit einer genügenden Zahl von Lehrkräften gerechnet werden kann».

BE: Keine Kindergärtner im Kanton Bern

Für den Regierungsrat des Kantons Bern ist die heutige Form des Kindergartenbetriebes – «man darf nicht von Unterricht reden» – für Männer «wenig bis nicht geeignet». Eine Grossrätin hatte sich in einer schriftlichen Anfrage darüber aufgehalten, dass einem jungen Neuenburger vor einiger Zeit der Eintritt in das Kindergärtnerinnenseminar Delsberg von der bernischen Erziehungsdirektion verwehrt worden war.

BE: Keine Dienstverweigerer als Lehrer

Der Regierungsrat des Kantons Bern ist der Meinung, es lasse sich «in guten Treuen die Auffassung vertreten, dass die Gefahr einer negativen Beeinflussung der heranwachsenden Jugend durch einen Dienstverweigerer als Lehrer nicht von der Hand zu weisen» sei. In einer Antwort auf eine Interpellation aus dem Grossen Rat deckt die Regierung den Entscheid des Gemeinderates von Burgdorf, der einem von der Primarschulkommission provisorisch gewählten Lehrer die definitive Wahl verweigerte, weil er wegen Militärdienstverweigerung eine Gefängnisstrafe verbüsst hatte.

ZG: Über eine Million Stipendien

Wie dem Rechenschaftsbericht des Zuger Regierungsrates entnommen werden kann, wurden im Jahr 1974 total 592 (1973: 636) Stipendiengesuche behandelt, wovon 27 (24) abgewiesen werden mussten, da die Voraussetzungen für die Gewährung von Ausbildungsbeiträgen nicht gegeben waren. Im Jahre 1974 wurden total 1 094 100 Franken (1 028 650 Franken) ausbezahlt, nämlich 953 000 Franken (931 550 Franken) an Stipendien und 141 100 Franken (97 100 Franken) an Darlehen. Das entspricht Fr. 14.77 (Fr. 14.11) pro Kantonseinwohner. Bis Ende 1974 wurden total 600 100 Franken Darlehen ausbezahlt, davon wurden 155 900 Franken zurückbezahlt. Der Ausstand per 31. Dezember 1974 beträgt somit 444 200 Franken.
Die Entwicklung des Stipendienwesens läuft nicht parallel zur Entwicklung der Wohnbevölkerung. Fielen im Jahre 1960 die für Stipendien bezahlten 41 580 Franken auf 52 489 Kantonseinwohner, so verteilte sich die Summe von 1 094 100 Franken im Jahre 1974 auf 74 050 Personen. Dies bedeutet, dass es 1960 auf den einzelnen Einwohner 79 Rappen, 1974 dagegen Fr. 14.77 traf.

FR: Neubesetzung des Lehrstuhls für Pädagogik

Der Freiburger Staatsrat hat Meinrad Perrez, zurzeit Professor an der Freien Universität Berlin, zum ordentlichen Professor für Allgemeine Pädagogik an der Philosophischen Fakultät der Universität Freiburg berufen.

AG: Mittelschule Fricktal nach Stein?

Die Kommission für kantonale Schulen des Aargauer Grossen Rates schlägt als Standort für die künftige Mittelschule Fricktal die Gemeinde Stein im mittleren Rheintal vor. Der Beschluss zu diesem Vorschlag wurde einstimmig gefasst, nachdem die Kommission die verschiedenen Standorte im unteren Fricktal und im mittleren Rheintal besichtigt hatte.

AG: Kein weiterer Lehrersonderkurs im Aargau

Der Aargauer Regierungsrat hat beschlossen, auf die Durchführung eines weiteren Sonderkurses zur Umschulung gelernter Berufsleute zu Primarlehrern zu verzichten. Begründet wird dieser Entscheid damit, dass derzeit auf der Primarschulstufe genügend Lehrkräfte vorhanden sind.

GR: Folge des Lehrerüberflusses

Im Kanton Graubünden wird das obligatorische Praktikum für Junglehrer aufgehoben. Dies beschloss die Bündner Regierung an ihrer ersten Sitzung nach der Sommerpause. Das Obligatorium war seinerzeit zur Verbesserung der prekären Lage bei der Besetzung der Lehrerstellen im Kanton Graubünden eingeführt worden, teilte die Standeskanzlei Graubünden mit. Nunmehr können aber nicht mehr alle Seminaristen, die Ende Juni dieses Jahres die Patentprüfung abgelegt

haben, an eine Stelle im Kanton Graubünden gewählt werden. Diese Junglehrer haben somit nicht die Möglichkeit, das vorgeschriebene Praktikum anschliessend an die Ausbildung im Kanton zu absolvieren. Der Lehrerüberfluss, der in Graubünden zurzeit noch nicht stark ins Gewicht fällt, wird sich in den nächsten Jahren voraussichtlich verstärken. Deshalb wird das Obligatorium aufgehoben und das Patent allen Junglehrern nach ordnungsgemäss bestandener Abschlussprüfung ausgehändigt.

TI: Arbeitslose Lehrer im Tessin?

Der Tessiner Staatsrat will nicht auf die Verfügungen der dreissiger Jahre zurückkommen, wonach das weibliche Lehrpersonal nach der Heirat die Stelle aufgeben musste. Ebensowenig sollen die ausländischen Lehrer an den Tessiner Schulen entlassen werden. Solche Massnahmen waren von verschiedenen Seiten gefordert worden, seitdem von einer möglichen Stellenknappheit für Absolventen der Lehrerseminare die Rede ist.
Insbesondere eine Gruppe von Eltern angehender Lehrerinnen und Lehrer hatte in einem Brief an die Tessiner Presse den Ausschluss der verheirateten Frauen vom Lehrbetrieb gefordert. Der Staatsrat hat inzwischen eine Umfrage gestartet, um den Lehrerbedarf im ganzen Kanton zu erfassen. Bezüglich des ausländischen Personals sollen keine Entscheide gefällt werden, bevor die Berufsabsichten der 275 im Juni diplomierten Lehrer abgeklärt sind. Die Diskussion über die mögliche Arbeitslosigkeit für Lehrer hatte zur Folge, dass die Einschreibungen in den Seminarien dieses Jahr merklich zurückgegangen sind.

Die Situation des Lehrers in unserer Zeit*

Rolf Kugler

Vom 7. bis 12. April 1975 trafen sich in Montreux zum dritten Mal innerhalb acht Jahren einige hundert Mittelschullehrer zu einer Studienwoche. Sie war diesmal dem Bild des Lehrers gewidmet, während vor vier Jahren die menschliche Beziehung zum Schüler im Vordergrund der Gespräche und Vorträge gestanden hatte. Die wichtigsten Ergebnisse sollen einer möglichst breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden, da die Schule – und damit die Lehrer – im Dienste eben dieser Öffentlichkeit steht.
Ihr Interesse am Thema haben verschiedene Behördemitglieder durch einen Besuch bekundet, allen voran Herr Bundesrat Hürlimann, der während einiger Stunden an den Gesprächen verschiedener Arbeitsgruppen teilgenommen hat.
Das Bild des Lehrers ist weitgehend bestimmt von den Vorstellungen des «guten Lehrers» auf der einen Seite und von jenen des «typischen» Lehrers auf der andern Seite. Diese beiden Seiten kennzeichnen aber nicht den wirklichen Lehrer, sie tragen vielmehr bei zum Lehrermythus. Und diesen Lehrermythus gilt es zu zerstören zugunsten einer Befreiung von falschen Vorstellungen, die den Lehrer und die Gesellschaft belasten. Mit dem Thema der «Entmythisierung des Lehrers» setzte sich Hans Saner, Basel, in einem Grundsatzreferat auseinander, das grosse Beachtung fand. Der Lehrer ist wie kein anderer Berufsmann der Gefahr der Isolation ausgesetzt: Er kennt vom 6. oder 7. Lebensjahr an kaum eine andere Lebenswelt als die der Schule – erst als Schüler, dann als Lehrer. Der Lehrer geniesst ein hohes Sozialprestige und viele Vorzüge, so dass er von vielen beneidet und gefürchtet wird; umgekehrt leidet er unter dieser Sonderstellung sowie am mangelnden Bezug zur vielseitigen Berufs- und Lebenspraxis, auf welche er die Schüler vorbereiten muss. Es sind deshalb vermehrt Mittel und Wege zu suchen, ihn aus dieser Isolation zu befreien. Voraussetzung dazu ist, dass er und die Gesellschaft (das ist jeder von uns) diese Vorzüge und Nachteile des Lehrerseins erkennt. Dann sollte es möglich sein, dass zwischen Lehrern und Nicht-Lehrern ein spontaner Kontakt gepflegt wird – mit Verständnis für die gegenseitige Situation.
Es sollte möglich gemacht werden, dass Lehrer nach jahrelangem Schuldienst einen Urlaub nehmen können, um auf Reisen oder bei einer schulfremden Beschäftigung neue Erfahrungen zu sammeln. Es sollte aber auch möglich sein, dass über Vorschriften

* aus: Zuger Nachrichten, 13. Juni 1975